PEER PASTERNAK

Born to be wild – Studierende in der akademischen Selbstverwaltung

Ich war einmal Senator: Jeden Monat trat der Akademische Senat der Universität Leipzig zusammen, und dann konnte ich ziemlich wichtig tun. Als Vertreter der Studierenden tat ich so, als seien meine Debattenbeiträge das Destillat einer breiten Willensbildung unter 15.000 StudentInnen, sprach bedeutsam in der Wir-Form und erzählte im übrigen, was ich für richtig hielt. Denn die breite studentische Willensbildung gab's ja nicht. Im Senat genehmigten wir neue Studiengänge, besprachen Sparbeschlüsse der Landesregierung, ließen uns vom Kanzler die Geheimnisse eines Hochschulhaushalts erklären (ohne sie je zu begreifen), bestätigten Berufungslisten für neu zu besetzende Professuren, mahnten gegenseitig akademische Umgangsformen an, wenn sich mal einer im Ton vergriff (es sei denn, es war der Rektor, dann mahnte niemand), machten Scherze miteinander und Kaffeepause. Die anderen waren fast alle Professoren (außer die Gleichstellungsbeauftragte, das war eine Professorin), und ich war Student. Die anderen wollten eigentlich lieber forschen und sahen deshalb zu, den zeitraubenden Job alsbald wieder loszuwerden. Daher kam es, daß ich nach einem Jahr schon zu den alten Hasen zählte. Ich wußte nun, wo es hier lang geht, während die neu in den Senat gewählten Profs immer erst eine Weile brauchten, ehe sie alles blickten. Doch auch in den Wochen zwischen den Sitzungen hatte ich eine Menge Gründe, mir bedeutend vorzukommen. Ich kriegte Einladungen zu Ehrenpromotionen (d.h. zu solchen anderer Leute, aber immerhin), hatte einen reservierten Platz bei der jährlichen Immatrikulationsfeier, konnte mir anlässlich von Instituts-Neueröffnungen an fürstlichen Büffets den Bauch vollhauen und bekam regelmäßig das Verwaltungsrundschreiben der Universität ins Haus geschickt. Ich war über mancherlei im Bilde, und sobald über wichtige Leute an der Universität abträglich gesprochen wurde, ohne daß deren Namen Erwähnung fanden, konnte ich wissend lächeln. Die meisten an der Uni peilten die meisten Dinge nicht so richtig, aber ich gehörte nicht zu den Uneingeweihten. Das, was ich da trieb, war Selbstverwaltung – akademische Selbstverwaltung. Ob das wohl etwas gutes sein kann?

Um die Selbstverwaltung einer deutschen Hochschule zu begreifen, sind drei Dinge wichtig zu wissen:

1. Was ist der institutionelle Charakter der Hochschule?
2. Wie ist die personelle Zusammensetzung der Hochschule definiert?
3. Wie setzen sich die Hochschulmitglieder miteinander ins Verhältnis?

Als dann:

- Erstens: Eine Hochschule ist zugleich staatliche Einrichtung (wie z.B. ein Gefängnis) und öffentlich-rechtliche Körperschaft (wie z.B. eine Rechtsanwaltskammer). Deshalb hat jede Hochschule auch zwei Verwaltungen: Die normale Hochschulverwaltung kümmert sich um Mittelbewirtschaftung, Gehälter, Raumplanung, Bauvorhaben usw., und die akademische Selbstverwaltung regelt solche Dinge, die unmittelbaren inhaltlichen Einfluß auf Forschung und Lehre haben, also z.B. ProfessorInnenberufungen oder Prüfungsordnungen. Während die Hochschulverwaltung von eigens dafür angestellten MitarbeiterInnen erledigt wird, wirken in der Selbstverwaltung Hochschulangehörige ehrenamtlich, d.h. neben ihren sonstigen Aufgaben in Forschung, Lehre, Studium oder Verwaltung.
- Zweitens: An den deutschen Hochschulen sind vier sog. Mitgliedergruppen definiert worden, also Gruppen, von deren Mitgliedern man annimmt, daß sie ungefähr vergleichbare Aufgaben und in folgedessen auch irgendwie ähnliche Interessen haben. Jeweils eine Gruppe bilden die Studierenden, die ProfessorInnen, der sog. Mittelbau, also die wissenschaftlichen Beschäftigten unterhalb der Profs, und schließlich das Verwaltungs- und technische Personal, die sog. nichtwissenschaftlichen MitarbeiterInnen. Aufgrund dieser strukturbildenden Einteilung in vier Mitgliedergruppen wird das Modell der selbstverwalteten deutschen Hochschule auch Gruppenuniversität genannt.
- Drittens: Damit die Mitgliedergruppen zusammenwirken können, ist es als sinnvoll erachtet worden, daß sie RepräsentantInnen wählen, die dann in Gremien zueinander finden. Solche Gremien gibt es auf Fachbereichs- bzw. Fakultätsebene (Fachbereichs-/Fakultätsrat) und für die Hochschule insgesamt (Senat und Konzil); dazu kommen zahllose Kommissionen für Einzelgegenstände (etwa Berufungskommissionen oder Kommissionen für Lehre und Studium, die sogenannte LuSt). Desweiteren wurde – u.a. durch das Bundesverfassungsgericht – zweierlei für zweckdienlich gehalten: Einerseits sollen zwar die einzelnen Mitgliedergruppen in unterschiedlicher Stärke in den Gremien repräsentiert sein; andererseits aber soll die jeweilige Stärke der RepräsentantInnen von der Größe der repräsentierten Gruppen abgekoppelt ist. Statt dessen, so heißt es, soll es nach Sachkompetenz und Betroffenheit gehen. Daher ist festgelegt, daß

in allen wesentlichen Fragen von Forschung & Lehre die ProfessorInnengruppe eine Mehrheit haben muß. Diese Gruppe sei nicht nur am kompetentesten, da professoral, sondern auch am meisten betroffen: Denn, anders als die Studierenden, sind die ProfessorInnen im besten oder schlimmsten Fall – je nachdem – noch bis zur Pensionierung an der jeweiligen Hochschule. Haben also die ProfessorInnen wenigstens 51% der Sitze in den Gremien, so teilen sich dann der Mittelbau, die Studierenden und die nichtwissenschaftlichen MitarbeiterInnen die restlichen Sitze, meist im Verhältnis 3:2:1.¹

In dieser Weise also ist die Demokratie an der Hochschule beheimatet. Manche mögen sich unter Demokratie etwas anderes vorstellen. Doch unabhängig davon gilt hier wie andernorts: Demokratie richtet auch an der Hochschule, erstens, eine Menge Schaden an, und dieser Schaden ist, zweitens, ziemlich nützlich. Lassen sich die nützlichen Schädigungen optimieren? Schauen wir mal.

Also: Warum ist Demokratie an der Hochschule schädlich?

1. Hochschulen erfüllen im gesellschaftlichen Gefüge bestimmte Funktionen. Diese ändern sich mit dem Gefüge. Zunächst hatte es seit den 60er Jahren ein Bündnis von Technokraten und Demokraten gegeben, die zwar unterschiedlich begründete, aber doch verklammerbare Zieldefinitionen vertraten: Sie liefen letztlich auf breite Bildungsbeteiligung hinaus und darauf, die Wissenschaft mit gesellschaftlichen Entwicklungen zu verbinden, oder wie die Demokraten sagten: Die Wissenschaft in gesellschaftliche Verantwortung zu stellen. Beides ändert sich seit geraumer Zeit. Die Technokraten sind neoliberale Wettbewerbsprediger geworden; damit sind ihnen wirtschaftsliberale Privatisierungsideologen die geeigneteren Partner. Diese Koalition strebt nun eine innerhochschulische Interessen verletzt als bedient. Eine übermäßige Repräsentation dieser Interessen in der Hochschule, also in ihren Selbstverwaltungsgremien, wirkt aus der Ökonomisierungsperspektive ziemlich kontraproduktiv.
2. Hochschulen werden in Deutschland (bis auf wenige Ausnahmen) als staatliche Einrichtungen mit Autonomiebegünstigung unterhalten. Sie sind also nicht ohne Paradoxie, nämlich staatliche staatsferne Anstalten. Das hat Auswirkungen. Die öffentliche Finanzierung der Hochschulen und die relative

¹ Ausführlicher zu Aufbau und Funktionsweise der Gruppenuni sowie über die historischen Konflikte um ihre Entstehung vgl. den Beitrag von Andreas Keller, Von der Ordinarienuiversität zur Gruppenhochschule, in diesem Band

Freiheit ihres Tuns bringen es mit sich, daß die Sanktionsgewalt zwischen Staat und Hochschule extrem asymmetrisch verteilt ist. Wo der staatliche Geldgeber geben oder vorenthalten kann, da können die Hochschulen nur nehmen: Gleich was und wieviel, sie müssen letztlich akzeptieren. Kurz: Die Hochschulen entscheiden – anders als die Gesellschaft oder Wirtschaftsunternehmen – nicht über wesentliche ihrer eigenen Bestandsvoraussetzungen.

In einer solchen Situation bemühen sich die Funktionsträger der Hochschulen, in politischer Feldarbeit Vorteile gegenüber anderen bedürftigen Institutionen zu erlangen. Diese lobbyistische Anstrengung läuft naturgemäß so wenig wie möglich öffentlich ab. Dabei kann hochschulische Demokratie durch Nachfrage und Öffentlichmachung Störungen und beträchtlichen Schaden verursachen.

3. Daß die Hochschulen (begrenzte) Autonomie haben, folgt aus der spezifischen Leistung der Hochschule: In ihr wird – jeweils vorläufiges – neues Wissen produziert und vermittelt. Dies geschieht durch Experten, die dabei zugleich neue Experten heranbilden. Die Neuigkeit des produzierten und vermittelten Wissens entzieht es weitgehend einer unmittelbaren Überprüfbarkeit durch Nichtexperten. Folglich soll deren Nichteinmischung strukturell abgesichert werden. Dazu dient die zugestandene Autonomie.

Aber: Die Experten innerhalb der Hochschule sind differenziert. Es gibt – nehmen wir einmal das Humboldtsche Idealbild – forschend Lehrende und forschend Lernende. Diese funktionale Differenz benötigt nach herrschender Meinung eine hierarchische Widerspiegelung. Deshalb gibt es Professoren (mit Titel) und Studierende (ohne Titel). Früher gab es deshalb auch die sog. Ordinariatenuniversität; allein die Professoren waren dort an der Entscheidungserzeugung zur Hochschulentwicklung beteiligt. Heute sind sie es zwar noch mit jeweils mehr als fünfzig Prozent Stimmenanteil in den Gremien; doch die Auseinandersetzung mit den nichtprofessoralen Gremienmitgliedern nötigt zur Auseinandersetzung mit völlig sachfremden Fragestellungen: zur Ethik, zur Folgenabschätzung, zur Frauengleichstellung, zur Qualität der Lehre und ähnlichen Unerträglichkeiten. Da man autonom ist, müssen diese sachfremden Auseinandersetzungen auch noch ausgehalten werden: Man kann sie nicht durch Außeneingriff abstellen lassen.

4. Schaden erwächst der Hochschule durch Demokratie schließlich, sobald sich durch demokratische Regeln Unkenntnis und Unmündigkeit potenzieren. So etwas kommt gelegentlich vor: wenn ProfessorInnen, MittelbauvertreterInnen und Studierende infolge formaler Vorschriften in Gremien zwangsweise zusammengeführt werden, ohne daß sie hinreichendes Wissen und hinreichende soziale Kompetenzen mitbringen oder erwerben. Derart unaufgeklärt fehlen die Voraussetzungen für Entscheidungsfähigkeit. Aus Verfahrensgründen muß

aber trotzdem entschieden werden. Die Folgen lassen sich leicht ausmalen. Sie sind auch häufig zu besichtigten.

Zusammengefaßt: Demokratie an der Hochschule ist schädlich, weil sie die Ökonomisierungsbestrebungen behindern kann; weil sie die nichtöffentliche Lobbyarbeit der Hochschulleitungen durch Öffentlichkeit stört; weil sie die objektive Rationalität wissenschaftlicher Arbeit durch sachfremde Anliegen stört, obwohl sich doch die Hochschulen durch ihren autonomen Status gerade davor gesichert fühlen; weil sie effiziente und sachgerechte Entscheidungserzeugung nicht zweifelsfrei sichert.

Warum nun ist der durch Demokratie an der Hochschule entstehende Schaden nützlich?

Demokratie an der Hochschule ist nützlich, weil sie die Ökonomisierungsbestrebungen behindern kann; weil sie die nichtöffentliche Lobbyarbeit der Hochschulleitungen durch Öffentlichkeit stört; weil sie die objektive Rationalität wissenschaftlicher Arbeit durch als sachfremd geltende Anliegen stört, obwohl sich die Hochschulen durch ihren autonomen Status gerade davor gesichert fühlen; weil sie keine effiziente Entscheidungserzeugung sichert, sondern die öffentliche Aushandlung von Hochschulzwecken und daraus abgeleiteten Entscheidungen ermöglicht. Hinzu tritt nun noch ein Umstand, der im Hochschulalltag manche Schwierigkeit beschert: Die akademische Selbstverwaltung wird durch solche Nichtexperten für Hochschulorganisationsfragen – die Professoren – dominiert, die sich in ihrer Selbstwahrnehmung gleichwohl als Experten für Hochschulorganisationsfragen empfinden.

Fangen wir mal dabei an. Wir haben also an den deutschen Hochschulen eine Gruppenuniversität mit professoraler Dominanz. Hinter der professoralen Dominanz steckt die Auffassung vom Hochschullehrer als Hochschulexperte. Dem liegen zwei sachliche Mißverständnisse zugrunde; diese wiederum ergeben sich aus einer Auffassung von „reiner Wissenschaft“, die deren Betrachtung als sozialen Prozeß ausschließt. Das erste Mißverständnis: Die Professoren werden so sehr als Vertreter ihrer Fächer angesehen, daß sie auch gleich als Repräsentanten aller sozialen Interessen in diesen jeweiligen Fächern gelten. Indem sie ihr Fach repräsentieren, repräsentierten sie vorgeblich auch die Anliegen der dortigen wissenschaftlichen und sonstigen MitarbeiterInnen, der Studierenden und der auswärtigen Interessierten.

Das zweite Mißverständnis: Die Professoren verstehen sich aufgrund der Vertretung eines wissenschaftlichen Faches auch unverzüglich als Experten für Wissenschaft überhaupt, also für die Wissenschaften in ihrer Gesamtheit und für Wissen-

schaftsorganisation. Dies läßt sich jedoch aus der Berufung für ein bestimmtes Fach nicht zwingend ableiten. Experten sind die Professoren nur in zweierlei Hinsicht: zum einen in ihrem Fach, zum anderen sind sie Experten ihrer eigenen Situation an der Hochschule. Letzteres sind nun aber auch alle anderen Hochschulangehörigen. Die umschreiben das meist mit der Vokabel „Betroffene“. Unter anderem deshalb gab es in den 60er Jahren Forderungen nach Einführung demokratischer Regelungen, die alle Hochschulangehörigen angemessen beteiligt.

Herausgekommen ist am Ende die Gruppenuniversität: eine ständisch gebrochene demokratische Verfassung der Hochschule. Das Gruppenmodell ist ein Kompromiß zwischen partizipatorischen und ordinarialen Positionen. Konkretisiert worden war die Gruppenuniversität ursprünglich in der Drittel- bzw. Viertelparität. Bereits in diesen Modellen war die zahlenmäßig kleinste Gruppe an der Hochschule – die ProfessorInnen – gleichgestellt mit der zahlenmäßig größten Gruppe, den Studierenden. Dieser strukturelle Kompromiß war dann noch etwas mehr in Schiefelage geraten durch das Hochschulurteil des Bundesverfassungsgerichts von 1973, das den ProfessorInnen eine absolute Mehrheit in den Hochschulgremien verschaffte.

Strukturimmanent ergibt sich daraus eine Überforderung. Die Rolle des Professors ist mit Aufgaben in Forschung, Lehre, Verwaltung, Repräsentation, Netzwerkmanagement, Drittmittelakquisition usw. überfrachtet. Dagegen haben die anderen Hochschulmitglieder einen großen Vorteil: Ihre Rollen sind nicht derart überkomplex gestaltet. Deshalb könnten sie sich ganz darauf konzentrieren, das System Hochschule zielgenau zu irritieren. Dies ist eine bedeutende Chance für innerhochschulische Demokratie. Sie eröffnet nämlich die Möglichkeit, die weiterhin akzeptierte Rollenverteilung zwischen „Experten“ und „Laien“ im Prozeß der Entscheidungserzeugung aufzubrechen.

Damit wären wir schon bei der Optimierung der nützlichen Schäden, die Demokratie an der Hochschule verursacht. Doch bevor wir dort fortsetzen, sollte die Grundsatzfrage geklärt werden, ob sich die Mitwirkung an dem ganzen Zirkus eigentlich lohnt.

Gewiß: Die hochschulische Selbstverwaltung in Gestalt der Gruppenuni läßt sich auch prinzipiell ablehnen. Wo manchen aufgeklärten Demokraten der Ekel peitschen muß, wenn ihm diese ständische Politik als Demokratie verkauft werden soll, da kann der aufklärende Systemanalytiker nur den Kopf schütteln: „Die Gruppenuniversität ist undemokratisch, weil sie eine Gruppen-Universität ist“, sagt der frühere Oldenburger Uni-Präsident Michael Daxner.²

2 Michael Daxner: Ist die Uni noch zu retten?, Reinbeck b. Hamburg 1996, S. 133.

Die Frage nach den Alternativoptionen liegt nahe. Zum Beispiel könnte versucht werden, die augenblicklich stärkere Seite zur schwächeren Seite zu machen. Eine früher diesbezüglich populäre Technik war die Revolution. Wenn dafür die Chancen gerade nicht so gut stehen, ließen sich aber immerhin auf der politischen Ebene andere Partizipationsmodelle als das gegebene verfechten: etwa die Drittel- bzw. Viertelparität, also die gleiche Stärke aller Mitgliedergruppen in den Hochschulgremien; oder die Übertragung des Prinzips bürgerlicher Gleichheit auf die Hochschule: one (wo)man – one vote; oder die GEW-Position: „keine Gruppe darf alle anderen überstimmen können“; oder differenzierte Modelle für unterschiedliche Bereiche, wie sie Daxner vertritt:

„Jeder Entscheidungsbereich der Hochschule braucht sein eigenes Mitbestimmungsmodell nach dem Prinzip ‚Mehrheitsentscheidung und Minderheitenschutz‘. Grundsätzlich sollten wir ... immer davon ausgehen, daß in Fragen von Studium und Lehre alle Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler eine einheitliche Gruppe bilden, daß Studierende in allen Fragen, die die Organisation und die grundsätzliche Ausrichtung ihres Studiums betrifft [lies: betreffen, p.p.], eine relative Mehrheit in den Entscheidungsgremien haben sollen, ... und daß es basisdemokratische Verfahren in jeder Hochschule geben soll, die die Bandbreite der Spielräume bei der Besetzung von Entscheidungsgremien flexibel regeln dürfen.“³

Parallel zu solchen auf politischer Ebene zu verfechtenden Anliegen lassen sich aber auch gewichtige Gründe finden, bereits in die Selbstverwaltung heutigen Zuschnitts hineinzugehen. Nicht nur ist die Mitarbeit Voraussetzung für ganz praktische studentische Interessenvertretung (etwa bei der Neuformulierung von Prüfungsordnungen, den Bibliotheksöffnungszeiten oder der Verhinderung von Einsparungen beim Hochschulsport). Die Mitarbeit ist auch nötig, um Ressourcen für studentische Politik zu sichern, die den engen Selbstverwaltungsrahmen überschreitet: also, daß kostenlose Räumlichkeiten für politische Veranstaltungen zur Verfügung stehen, daß studentische Gruppen die Infrastruktur der Verfaßten Studentenschaft in Anspruch nehmen können usw.

Daneben ist die akademische Selbstverwaltung hin und wieder durchaus auch für inhaltliche Anliegen erfolgreich zu nutzen. In Kauf genommen werden muß dabei die Erfolglosigkeit in den meisten (anderen) Anliegen. Denn akademische Selbstverwaltung dient von ihrem Ansatz her zuallererst der institutionellen Stabilisierung (die sich zwar gegen die staatliche Bürokratie richtet, aber im Dienste des Staates, d.h. für den Staat erfolgt). Nicht hingegen dient die akademische Selbstverwaltung der hochschulischen Selbstkritik und Selbstveränderung (es sei denn

3 Ebd., S. 141.

zufällig). Das zu wissen und es sich gelegentlich zu vergegenwärtigen, kann die Frustrationstoleranz der studentischen Selbstverwaltungsakteure steigern.

Hilfreich ist in diesem Zusammenhang auch, an der Selbstverwaltung nicht allein deshalb mitzuwirken, um die Hochschule umzukrempeln. Motivationen außerhalb eines unmittelbaren Gestaltungsanspruchs sind durchaus sachdienlich: So läßt sich ja bspw. trainieren, aus einer Minderheitenposition heraus zu agieren, was dann auch in anderen (politischen) Zusammenhängen, etwa nach dem Studium, von Nutzen sein kann. Oder wenn StudierendenvertreterInnen auch oftmals ein bestimmtes Projekt nicht durchsetzen können, so vermögen sie doch durchaus das eine oder andere ablehnungswürdige Projekt zu verhindern: Heikle Kisten werden oftmals nur deshalb erfolgreich durch die akademischen Gremien bugsiiert, weil niemandem rechtzeitig die kritischen Punkte auffallen oder keiner naheliegende Nachfragen stellt, oder weil die Sitzung schon sechs Stunden dauert. Wird hingegen nur eine einzige zweifelnde Frage formuliert (vorzugsweise mit einem den Zweifel nachvollziehbar machenden Argument), dann wirkt dies mitunter wie ein Dambruch. Plötzlich haben alle Anwesenden noch dieses und jenes Informationsbedürfnis, und flugs ist eine Überrumpelungsstrategie – sagen wir mal: – des Rektorats gescheitert.

Das wichtigste Argument für eine Beteiligung an der akademischen Selbstverwaltung indes ist die Herstellung von Öffentlichkeit. Bereits die schlichte Anwesenheit studentischer VertreterInnen in den Gremien wirkt veröffentlichend: in dem Sinne, daß die anderen Anwesenden einen Verbleib bestimmter Informationen und Vorgänge im geschlossenen Kreis der Eingeweihten nicht mehr einfach so voraussetzen können. Auf Studierende kann man sich ja zum Glück nicht verlassen.

Über die Wirkung der einfachen Anwesenheit hinaus aber gilt: Kompetente Partizipation – einschließlich des Unterlaufens bisher automatisierter Prozesse – benötigt Informiertheit. Diese setzt Informationszugang voraus (Und sie muß mit hinreichenden Informationsverarbeitungskapazitäten verbunden sein: Das ist eine Herausforderung an studentische Gremienmitglieder, die auch etwas Arbeit macht.). Der Informationszugang ist im allgemeinen hierarchisch gestaffelt: je höher die Position, desto privilegierter der Zugang. Mit Hilfe der Mitwirkung in der Selbstverwaltung lassen sich solche Privilegien unterlaufen. Durch punktgenaue Irritationen eingeschliffrer Abläufe läßt sich Öffentlichkeit für im verborgenen ablaufende Prozesse herstellen. Es kann die Offenlegung von Interessen durchgesetzt und die Selbstgewißheit von Amtsinhabern erschüttert werden. Kurz: Es können Aushandlungsprozesse in Gang gesetzt werden, die sonst vermutlich nicht stattgefunden hätten.

FRIEDEMANN SCHMITHALS

Lehre schlecht, alles gut?

Zur Qualität der Lehre an deutschen Hochschulen

Über den Zustand der Lehre an deutschen Hochschulen müßte nicht geredet werden, wenn es nicht ein verbreitetes Unbehagen an ihrer Qualität gäbe. Die allerdings gibt es nicht erst seit heute. Die gesamte Geschichte der deutschen Universität ist von Klagen über den Zustand der Lehre begleitet. Man muß einen Blick auf die Geschichte unseres Universitätssystem werfen, wenn man verstehen will, weshalb sich die Lehre an der Hochschule in einem so zweifelhaften Zustand befindet und weshalb auch wohlbedachte Reformkonzepte immer wieder ins Leere laufen.

Wenn von der deutschen Universität gesprochen wird, ist immer ein bestimmter Typus von Universität gemeint, wie er sich im 19. Jahrhundert nach dem Vorbild der 1809 gegründeten Berliner Universität in Deutschland herausgebildet hat. Der äußeren Form nach ist diese Universität ein Staatsbetrieb, ihre Lehrenden sind privilegierte Staatsbeamte.

Ihr (oft mit dem Namen Humboldt¹ assoziiertes) Programm ist die „Einheit von Forschung und Lehre“. In ihr sind die Professoren wirkliche Lehrende nur vermittelt über ihre Rolle als Forscher. Der Idee nach bilden sich die Studierenden in ihr durch Teilhabe an der Forschung. Was hat Wilhelm v. Humboldt unter der Einheit von Forschung und Lehre verstanden? In seiner Denkschrift von 1810 „Über die innere und äußere Organisation der höheren wissenschaftlichen Lehranstalten in Berlin“ grenzt Wilhelm v. Humboldt die Schule von der höheren wissenschaftlichen Anstalt dadurch ab, dass letztere „die Wissenschaft immer als ein noch nicht ganz aufgelöstes Problem“ behandelt und daher „immer im Forschen“ bleibt,

¹ Wilhelm von Humboldt hat maßgeblich die 1809 erfolgte Gründung der Berliner Universität beeinflusst. Nach ihrem Vorbild wurden in der Folgezeit zunächst die schon bestehenden preußischen Universitäten, im Laufe des 19. Jahrhunderts auch alle anderen Universitäten, umgestaltet.